

Auf Augenhöhe argumentieren

Aufstieg der AfD erfasst auch Gewerkschaftsmitglieder | Solidarität und Beteiligung im Betrieb machen weniger anfällig für rechtsextreme Parteien | JOACHIM F. TORNAU

In einem Betrieb kommt ein Mitglied des Betriebsrats regelmäßig in Kleidung der bei Rechtsextremen beliebten Marke Thor Steinar zur Arbeit. In einem anderen beschwert sich eine Beschäftigte bei der Geschäftsführung über rassistische Bilder in einer Chatgruppe – und wird danach so sehr gemobbt, dass sie kündigt.

Weitere Beispiele ließen sich nennen. Sie alle unterstreichen: Der Aufstieg und die Wahlerfolge der AfD sind auch an der Arbeitswelt nicht spurlos vorbeigegangen. »Rassismus hat es natürlich auch früher gegeben«, sagt Kai Venohr, der sich beim DGB-Bildungswerk Bund um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Diskriminierung kümmert. Aber jetzt würden rechte Positionen

unverhohlener ausgesprochen. »Die roten Linien, die es früher in den Betrieben gab, werden immer mehr überschritten.«

Trotz der antifaschistischen Grundhaltung der Gewerkschaften sind auch ihre Mitglieder alles andere als immun gegen

die völkischen Umtriebe: Bei Wahlen scheidet die AfD unter Gewerkschafter*innen stets überdurchschnittlich gut ab. Als die Rechtsaußenpartei im Oktober in Hessen mit 18 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis in einem westlichen Bundesland holte, gab ihr jedes vierte männliche Gewerkschaftsmitglied seine Stimme. Bei den Kolleginnen war der Anteil indes nur halb so hoch – die AfD ist eine Männerpartei.

»Die AfD beherrscht das Spiel mit Ängsten«, sagt Venohr. Mit Abstiegsängsten, mit der Angst vor einer vermeintlich drohenden Deindustrialisierung Deutschlands wegen des klimagerechten Umbaus der Wirtschaft. Mit der irrationalen Angst vor einer »Überfremdung«. Aber: Es sei durchaus möglich, mit Belegschaften darüber ins

Gespräch zu kommen und ein Nachdenken anzustoßen. Das erlebe er immer wieder, wenn er für Seminare in einen Betrieb eingeladen werde. Entscheidend: »Man muss die Leute ernst nehmen und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Es nützt uns nichts,

wenn wir mit erhobenem Zeigefinger durch den Betrieb laufen.«

Stefan Dietl hat ähnliche Erfahrungen gemacht. Der Vorsitzende des ver.di-Bezirks Oberpfalz hat ein Buch geschrieben über

»Die besten Erfahrungen machen wir, wenn wir gezielt das 1:1-Gespräch suchen.«

Lukas Hezel, DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg

die arbeitnehmerfeindliche Programmatik der AfD, doch Illusionen macht er sich

keine. Die wenigsten Wähler*innen, sagt er, interessieren sich für die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Rechtsextremen. »Im Vordergrund stehen die rassistischen Scheinlösungen.«

Dennoch sucht Dietl die Diskussion. Bei Betriebsversammlungen setzt er drängende gesellschaftliche Themen wie Rente, Pflegekostentstand oder soziale Ungleichheit auf die Tagesordnung, bei Streiks lädt er die Kolleg*innen zu politischen Workshops ein – mit großem Erfolg. »Es gab da teilweise ewig lange Debatten; die Leute wollten gar nicht heimgehen«, erzählt er. Auch potenzielle AfD-Wähler*innen ließen sich so erreichen. »Etwas Besseres kannst du dir gar nicht wünschen.«

»Rechte Positionen werden auch im Betrieb unverhohlener ausgesprochen.«

Kai Venohr, DGB-Bildungswerk Bund



Foto: Angelika Osthus

Klaus Dörre, Professor für Soziologie an der Universität Jena

»Man muss genauer hinschauen, wen man noch erreichen kann«

Warum geben Gewerkschaftsmitglieder der AfD ihre Stimme? Antworten hat der Soziologe Klaus Dörre. Er beschäftigt sich seit 30 Jahren mit dem Verhältnis von Rechtsextremismus und Gewerkschaften.

DRUCK+PAPIER: Gewerkschaften beziehen immer wieder klar Stellung gegen rechts. Trotzdem wählen auch viele Gewerkschaftsmitglieder die AfD. Wie lässt sich das erklären?

Klaus Dörre: Sie haben das Gefühl, am Fuße eines Berges der Gerechtigkeit zu stehen. Manche sind schon ein Stück weit

hochgekommen, aber es geht nicht voran. Und dann haben sie das Gefühl, dass Geflüchtete oder Migrant*innen an ihnen vorbeiziehen und vermeintlich alles bekommen. Zugleich sehen sie, dass die gesamte soziale Infrastruktur bröckelt, dass gerade auf dem Land Geschäfte, Buslinien, Schulen verschwinden. Nie gibt es Geld. Man wird immer wieder vertröstet.

Das heißt, im Kern geht es um soziale Ungerechtigkeit?

Nicht nur, aber das ist aus meiner Sicht der zentrale Punkt. Das Deutschsein steht dabei



»Bei Betriebsversammlungen gab es teilweise ewig lange Debatten; die Leute wollten gar nicht heimgehen. Etwas Besseres kannst du dir gar nicht wünschen.«

Stefan Dietl, ver.di-Bezirk Oberpfalz

Symbolbild Foto: PRO-GE

Um darüber aufzuklären, reiche ein Artikel in der Betriebszeitung nicht aus, erklärt Hezel. »Die bes-

Anstrengend sei das, räumt der Gewerkschafter Dietl ein. Aber einen einfacheren Weg gibt es wohl nicht. Das weiß auch Lukas Hezel, der beim DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg im Projekt »Betriebliche Demokratie stärken – Rassismus und Rechtsextremismus im Betrieb bekämpfen« arbeitet. Es geht dabei unter anderem um die Scheingewerkschaft »Zentrum« des einstigen Rechtsrock-Musikers Oliver Hilburger, die, ausgehend vom Mercedes-Werk in Stuttgart-Untertürkheim, nach und nach in weiteren Betrieben Fuß zu fassen versucht.

Allzu erfolgreich sind diese Versuche bisher zwar nicht. »Aber man muss so früh wie möglich zu intervenieren versuchen«, sagt Hezel. Zumal Hilburger & Co die neu-

rechte Strategie der Selbstverharmlosung verfolgen: Man gibt sich als Kümmerer, versucht, Enttäuschte einzusammeln, und hält mit der Ideologie und der AfD-Nähe erst einmal hinter dem Berg. Doch wenn »Zentrum Automobil« gegen E-Mobilität oder der 2022 gegründete Ableger »Zentrum Gesundheit & Soziales« gegen die Corona-Impfpflicht in Einrichtungen protestieren, dann geschieht das mit typisch rechtem Verschwörungsgeraune: Geheime Mächte würden so die Unterjochung Deutschlands planen.

ten Erfahrungen machen wir, wenn wir gezielt das 1:1-Gespräch suchen.« Also: präsent sein, zuhören, verstehen, warum sich Beschäftigte vielleicht von der Gewerkschaft alleingelassen fühlen. Ein großer Aufwand, der sich aber immer wieder lohnt, wie Hezel berichtet: »Da, wo Menschen im Betrieb konkrete Erfahrungen von Solidarität, Beteiligung und Anerkennung machen, sind sie weniger anfällig für rechte Rattenfänger.«

einerseits für den Anspruch auf Gleichbehandlung und grenzt andererseits aus, nach dem Motto: Deutsche zuerst. Im Grunde ist das eine Denkweise, die sehr nahe an dem ist, was früher zum Alltagsbewusstsein sozialdemokratischer Arbeiter*innen gehörte. Und das kippt jetzt in eine andere Richtung. Der AfD gelingt es, die Protesthaltung aufzugreifen und zu radikalisieren. Der gesellschaftliche Konflikt zwischen oben und unten wird in einen Konflikt zwischen innen und außen umdefiniert.

Nun gibt es aber auch Umfragen, die zeigen, dass sehr viele AfD-Wähler*innen mit dem Rechtsextremismus der Partei einverstanden sind oder er ihnen zumindest egal ist. Wie sehen Sie das

Verhältnis zwischen Protest und rechter Überzeugung?

Natürlich ist eine erhebliche Zahl an AfD-Wähler*innen von den politischen Zielen wie der Bekämpfung der Migration völlig überzeugt – zumal die etablierten Parteien immer wieder den von der AfD gesetzten Themen folgen. So entsteht der berechtigte Eindruck, dass man mit der AfD etwas bewirkt. Die derzeitigen Stimmzuwächse lassen sich mit Überzeugung aber nicht erklären. Deshalb muss man genauer hinschauen, wen man noch erreichen kann. Und man muss deutlich machen, dass die AfD für sämtliche Zukunftsthemen von der Migration bis zur sozialökologischen Transformation keine echten Lösungen zu bieten hat.

Bei der jüngsten Bundestagswahl kam die AfD auf gut zehn Prozent. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern erreichte sie mehr als im Durchschnitt, aber deutlich weniger als insgesamt bei Arbeiter*innen. Wirkt eine Gewerkschaftsmitgliedschaft also doch gegen rechts?

Ganz klar. Wo es keine Gewerkschaften und keine Betriebsräte gibt, wo die Arbeitsverhältnisse schlecht sind, da greift die rechtsradikale Propaganda umso besser. Andersherum ist es ein Alleinstellungsmerkmal der Gewerkschaften, dass sie Menschen, die zur AfD tendieren, überhaupt noch erreichen. Das schaffen andere Organisationen nicht mehr.